



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

die zentrale Debatte diese Woche im Plenum des Europäischen Parlaments drehte sich um die Vorbereitung des bevorstehenden EU-Gipfels am 23./24. März. Hier geht es wie jedes Frühjahr um die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation in der EU. Zum anderen befassen sich die Staats- und Regierungschefs mit Zukunft der europäischen Energiepolitik. Mit großer Mehrheit verabschiedete das Parlament eine Resolution, in der es die Mitgliedstaaten aufruft, ihre Investitions- und Innovationspolitik stärker zu koordinieren. Wenn ein Land das alleine tut, dann ist das gut. Wenn es aber 25 - unterstützt von der EU - gleichzeitig tun, dann bringen wir Europa nachhaltig auf einen hohen Wachstumspfad.

Wohin mit dem neuen AKW, Herr Koch ?

In Hinblick auf den bevorstehenden Frühjahrsgipfel hat EU-Kommissar Andris Piebalgs das "Grünbuch" zur europäischen Energiepolitik präsentiert. Leider werden hauptsächlich die aktuellen Probleme beschrieben, statt Maßnahmen zu deren Beseitigung vorzuschlagen. Spätestens seit dem Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine, der auch zu Versorgungsengpässen in einigen europäischen Ländern geführt hat, ist klar, dass Europa im Energiesektor nicht von einigen wenigen Energiequellen abhängig sein darf, die je nach politischer Großwetterlage versiegen könnten.

Konservative wie Roland Koch wittern hier Morgenduft, indem sie wieder die Atomkraft ins Spiel bringen. Koch will nicht nur die Laufzeiten von Atomkraftwerken verlängern, sondern fordert sogar die Atomindustrie auf, neue AKWs zu bauen. Wo sie allerdings stehen sollen, dazu schweigt er. Eine solche Politik ist aber unseriös und unsinnig. Das Risiko der Atomenergie bleibt unkalkulierbar und ist zudem langfristig gesehen teuer. Ich jedenfalls will keinen neuen Atommeiler in Hessen sehen, nicht in Biblis, nicht in Kassel und auch nicht anderswo in Hessen.

Eine moderne europäische Energiepolitik muss jetzt die Förderung der erneuerbaren Energie und eine Verbesserung der Energieeffizienz zum Schwerpunkt machen. Deutsche Unternehmen sind weltweit führende Anbieter von alternativen Energieerzeugungssystemen und von Energiespartechiken. Ein Voranschreiten in der Umweltpolitik hat uns international große Märkte erschlossen. Alle erforderlichen Maßnahmen für einen Ausbau von erneuerbaren Energien sind längst bekannt. Nun muss noch entschiedener gehandelt werden.

Wie viel Erweiterung verträgt die EU?

Angesichts der ungeklärten Zukunft des Verfassungsvertrages müssen in die Reflektionsphase über die Zukunft der Europäischen Union auch grundsätzliche Überlegungen zur Erweiterung der EU einfließen. Die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament hat deshalb ein aktuelles Positionspapier veröffentlicht.

Die Sozialdemokraten stellen darin die schon beschlossenen Beitritte von Bulgarien und Rumänien nicht infrage. Auch unterstützen sie weiterhin die Aufnahme von ergebnisoffener Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und Türkei die das Ziel der Vollmitgliedschaft haben. Die SPD-Europaabgeordneten pochen aber darauf dass in Zukunft die Beitrittskriterien vor dem Vertragsabschluss auch vollständig erfüllt sein müssen. Weitere Erweiterungsschritte hängen dann im Wesentlichen von der Aufnahme-fähigkeit der EU ab. In jedem Fall haben Erhaltung und Handlungsfähigkeit der EU Vorrang vor ihrer Vergrößerung. Beitritte die zu einer Rückentwicklung der EU in eine Freihandelszone oder zu einer Spaltung der Union in eine "Kernunion" und eine "Randunion" zu führen drohen, lehnen die deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament ab.

Nachzulesen unter www.spd-europa.de

Fit für Europa?

Wer uns am schnellsten die richtige Antwort zu der folgenden Frage per E-Mail sendet, erhält einen Schlüsselanhänger mit LED-Lampe.

Frage: Welche Länder werden voraussichtlich spätestens 2008 der EU beitreten?

- a) Bulgarien und Rumänien
- b) Kroatien und die Madzedonien

Der Gewinner vom letzten Mal ist Joachim Stumpf aus Lampertheim.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de